



Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Salzburger Jugendlandtag 2021!

Auf den folgenden 42 Seiten finden Sie die Stellungnahmen zu Ihren sechs Beschlüssen. Diejenigen Mitglieder der Landesregierung mit Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer an der Spitze, in deren Verantwortung Ihre Beschlüsse thematisch fallen, haben sich inhaltlich damit auseinandergesetzt. Im Ressortbereich von Landesrätin Mag.a (FH) Andrea Klambauer hat auch der Landesjugendbeirat Stellung genommen.

Die Stellungnahmen sind den einzelnen Regierungsmitgliedern nach deren Zuständigkeitsbereichen zugeordnet. Es kann also sein, dass die Stellungnahmen zu einem bestimmten Beschluss bei Zuständigkeiten von mehreren Regierungsmitgliedern auf diese aufgeteilt sind. Mir war es wichtig, dass die einzelnen politischen Verantwortlichkeiten bei großen Themenbereichen auch sichtbar werden.

Zunächst soll Ihnen ein Überblick darüber gegeben werden, was mit Ihren Beschlüssen passiert ist. Teilweise werden Verbesserungsmöglichkeiten angeführt, um in einigen Bereichen noch mehr Potential aus Ihren Vorschlägen zu schöpfen. Der Petitionsausschuss des Landtags wird Ihre Beschlüsse am 21.09.2022 ab etwa 14:30 Uhr beraten. Nach Möglichkeit können die Beratungen vor Ort im Chiemseehof oder über den Livestream unter <https://bit.ly/JLT21> mitverfolgt werden. Die Antragstellerinnen und Antragsteller unter Ihnen sind dann eingeladen, ihre Anträge noch einmal persönlich im Landtag zu präsentieren.

Wenn Sie Fragen oder Ideen zum weiteren Ablauf oder zu den nachfolgenden Stellungnahmen haben, melden Sie sich bitte einfach bei mir. Ich freue mich immer, von Ihnen zu hören, und hoffe, Sie spätestens beim Petitionsausschuss im Saal oder online begrüßen zu können.

Herzlichst
Ihre

Antworten aus den Ressortbereichen von Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer

In der Landesregierung ist Landeshauptmann Wilfried Haslauer für folgende Ressorts verantwortlich: Wirtschaft, Tourismus, Arbeitsmarkt, Forschung, Gemeinden, Museen und Musikum.

Dazu kommen die in der Landesamtsdirektion angesiedelten Bereiche wie Innere Dienste, Feuerwehrwesen und Sicherheit, Informatik, Präsidium und Europa.



Zu 1 Antrag „Räume und Beteiligung für alle“ darf wie folgt ausgeführt werden:

Die Salzburger Landesregierung hat im Koalitionsvertrag 2018 - 2023 betreffend Demokratie festgehalten, dass Demokratie von aktiver Teilhabe ihrer Bürgerinnen und Bürger und ihrer Möglichkeiten der Mitwirkung lebt. Die Salzburgerinnen und Salzburger müssen die Chance haben, mit ihrer Stimme einen Einfluss auf die Entscheidungen in unserem Land zu haben. Die Politik hat dabei auch eine Bringschuld, der wir gerne noch stärker entsprechen möchten. Dazu wollen wir Instrumente der direkten Demokratie weiter fördern und ausbauen. Das können Politik und Bevölkerung nur gemeinsam bewerkstelligen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, den Wert unserer Demokratie stets hervorzuheben und Bewusstsein dafür zu schaffen, dass unser demokratisches System keine Selbstverständlichkeit ist, wie wir aus der Vergangenheit wissen. Die beste Garantie für eine hohe Akzeptanz politischer Entscheidungen ist die möglichst unmittelbare Teilhabe an diesen. Aus diesem Grund werden wir Mittel für den Ausbau direktdemokratischer Instrumente und Projekte bereitstellen.

Es wurden bereits Maßnahmen gesetzt, etwa die Neuregelung der Bestimmungen betreffend die Wahlbeisitzerinnen und Wahlbeisitzer sowie die Einführung einer Plattform, ähnlich der "Demokratiewerkstatt" (Demokratieplanspiel für unterschiedliche Altersklassen). Aktuell arbeiten wir intensiv an der Umsetzung weiterer Vorhaben, die auch kurz vor Abschluss stehen, so zum Beispiel die Möglichkeit, dass es "Auslands-Salzburgern" ermöglicht wird, bei Landtagswahlen ein aktives Wahlrecht auszuüben, leichter und sicherer Beantragung und Abgabe von Wahlkarten oder auch die Vereinfachung des Vorzugsstimmensystems.

Ganz grundsätzlich wird festgehalten, dass im Lichte des demokratischen Prinzips unseres Bundes-Verfassungsgesetzes bestimmte Parameter verfassungsrechtlich entscheidend sind. Dazu zählt, dass Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen freien Wahlen ihren politischen Willen ausdrücken und staatliche Entscheidungen auf den Willen des Volkes zurückgeführt werden können. Hinsichtlich plebiszitärer Elemente bzw direkt demokratischen Instrumenten ist es so, dass diese ergänzend zur repräsentativ-demokratischen Willensbildung normiert werden können.

Das demokratische Grundprinzip ist grundsätzlich als repräsentativ-demokratisches Prinzip zu verstehen (VfSlg 19.711/2012). Plebiszitäre Elemente können also nur ergänzend aufgenommen werden, dürfen jedoch nicht so weit gehen, dass es zu einer Abschwächung oder Verdrängung der Parlamente oder der Verantwortlichkeit von Regierungen kommt. Die Einführung einer sogenannten Volksgesetzgebung ist vor dem Hintergrund des zuvor Gesagten verfassungsrechtlich nicht möglich. Die Landtage sind gemäß des Bundes-Verfassungsgesetzes für die Gesetzgebung zuständig, was im Umkehrschluss bedeutet, dass die Länder ohne entsprechende bundesverfassungsrechtliche Ermächtigung niemand anderen als die Landtage für die Gesetzgebung auf Landesebene zuständig machen können.

Hinsichtlich des vorgebrachten Antrages betreffend Gemeinderat/Gemeindevertretung wird auf die klare Ausführung von Herrn Dr. Sieberer verwiesen.

Stellungnahme der Fachgruppe Verfassungsdienst und Wahlen

Es wird mitgeteilt, dass eine den Gemeinderat/die Gemeindevertretung rechtlich bindende Volksabstimmung auf Grund eines Volksbegehrens bundesverfassungswidrig ist (VfSlg 20.406/2020) und daher vom Landesgesetzgeber nicht vorgesehen werden kann.

Zu Antrag 3 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen - Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler:Innen schaffen!“:

Stellungnahme der Abteilung 2

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu **Antrag 3** des Jugendlandtages 2021 betreffend Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler:innen schaffen! darf seitens der Abteilung 2 - Kultur, Bildung, Gesellschaft und Sport wie folgt Stellung genommen werden:

Vorauszuschicken ist, dass die Zuständigkeit des Referates 2/06 - Jugend, Familie, Integration, Generationen ausschließlich den **außerschulischen Bereich** betrifft. In der Praxis gibt es verschiedenste Kooperationen mit dem Schulbereich.

Für die außerschulische Jugendarbeit ist der Vereine akzente die vom OEAD beauftragte **Regionalstelle** für das gesamte Bundesland für das Erasmus+ Jugend Programm und das „Europäische Solidaritätskorps (ESK)“. Diese Aufgabe umfasst die Bewerbung, Beratung und Betreuung interessierter Jugendlicher hinsichtlich der Programmschienen im Bereich der außerschulischen Bildung.

Die untenstehenden Programmschienen können ohne umfangreiche Voraussetzungen, abgesehen von Alterseinschränkungen, von allen Jugendlichen realisiert werden. Jede:r Jugendliche hat die Möglichkeit, sich über diese Förderungen bei der akzente Jugendinfo sowie in den akzente Regionalstellen in allen Bezirken von Salzburg und direkt im Fachbereich Erasmus+ Jugend und dem ESK bei akzente Salzburg zu informieren und die Angebote in Anspruch zu nehmen.

Unter dem Dach von „**Erasmus+ Jugend**“ gibt es Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte und die außerschulische Jugendarbeit. Im Programm gibt es 2 Aktionslinien:

- In der Key Action 1 (KA 1) werden Jugendbegegnungen (der Austausch zwischen jungen Menschen), Fachkräftemobilitäten (Weiterbildungsangebote für Jugendarbeiter:innen) und Youth Participation Activities (Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen) gefördert.
- In der KA 2 werden kleinere Partnerschaften (niederschwellige Zusammenarbeit von Jugendorganisationen) und Kooperationspartnerschaften (Entwicklung, Transfer und Implementierung innovativer Praktiken) gefördert.

Im Programm des **Europäischen Solidaritätskorps** werden Freiwilligeneinsätze und Solidaritätsprojekte gefördert.

In der konkreten Umsetzung heißt das:

- Regelmäßige Newsletteraussendungen zu aktuellen Angeboten, Entwicklungen etc.
- Bewerbung über Social Media auf den dafür vorhandenen Plattformen (S Pass, Facebook, Insta,...)
- Bewerbung über die Homepage der akzente Jugendinfo sowie des Jugendreferates des Landes und den Landesjugendbeirat
- Nutzung von Jugendveranstaltungen zur Bewerbung der Programme (bspw. Europa bewegt, Mitmischen & Aufmischen im Dorf, Future Talks, ...)
- Außenauftritte bei Messen (BIM, BoBI, IT-Karrieretag, Level-up, ...)
- Nutzung von regionalen Jugendinformationen (Stadt Salzburg, Regionalstellen von akzente in den Bezirken, ...)
- Persönliche Beratung nach Terminvereinbarung
- Auf Anfrage Schulworkshops der Jugendinfo, mit Information und Bewerbung von Erasmus+ Angeboten und Möglichkeiten des Programmes
- Möglichkeit von Workshops mit Europaschwerpunkt in Schulen, Jugendeinrichtungen etc. (Die EU und du, Demokratieatelier Europamodul, ...)
- Regelmäßige Information für Multiplikator:innen bei Vernetzungstreffen der offenen Jugendarbeit, Landesjugendbeirat etc.
- Regelmäßige Einladungen durch akzente zu Informationsnachmittagen bzw. -abenden zum Erasmus+ Jugend Programm in Präsenz und auch online
- Veröffentlichung von Erfahrungsberichten von Teilnehmer:innen auf der Homepage von akzente Salzburg Link: <https://jugend.akzente.net/eu-programme/freiwilligenprojekte/erfahrungsberichte/>

In Salzburg stehen folgende Ansprechpersonen zur Verfügung:

Nadiana Zieger

Teamleitung, Regionalstellenagenden

ESK: Freiwilligenprojekte im Ausland (Sending)

Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-37, E-Mail: n.zieger@akzente.net

Benedikt Wimmer

Erasmus+ Jugend: Jugendbegegnungen, Fachkräftemobilitäten, Youth Participation

Activities Tel.: +43 (0) 662/ 84 92 91-38, E-Mail: b.wimmer@akzente.net

Duy Le Pham

ESK: Freiwilligenprojekte in Salzburg (Hosting), Solidaritätsprojekte Erasmus+ Jugend:

Small-Scale Partnerships, Cooperation Partnerships Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-40, E-Mail:

d.pham@akzente.net

Kathrin Weichselbaumer-Wimmer
Erasmus+ Jugend & ESK
Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-60, E-Mail: k.weichselbaumer@akzente.net

Weiterführende Informationen:

- <https://jugend.akzente.net/eu-programme> • <https://erasmusplus.at/de/jugend>
- <https://www.solidaritaetskorps.at>

Sollte es vonseiten der Bildungsinstitutionen bzw. Lehrpersonen Anfragen dazu geben, steht akzente gerne als Informations- und Beratungsstelle zur Verfügung.

Zu Antrag 5 „Ein nachhaltiges, grünes Europa - regionale Wirtschaft“:

Stellungnahme der Fachgruppe Verfassungsdienst und Wahlen

Es wird mitgeteilt, dass keine Gesetzgebungskompetenz des Landtages besteht, eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleisch in der Gastronomie einzuführen.

Antworten aus den Ressortbereichen von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Heinrich Schellhorn

In der Landesregierung ist Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Heinrich Schellhorn für folgende Ressorts verantwortlich:
Soziales, Pflege, Kultur und Volkskultur, Energie, Umwelt- und Klimaschutz und Gewerbeangelegenheiten.



An die
Landtagsdirektion
Herrn Landtagsdirektor Dr. Wolfgang Kirchtag

Büro
Landeshauptmann-Stv.
Dr. Heinrich Schellhorn

Per Email

Betreff: Antrag 5 Salzburger Jugendlandtag

Salzburg, 27.06.2022

Sehr geehrter Herr Landtagsdirektor!

Wie erbeten darf ich zum Antrag 5 „Ein nachhaltiges, grünes Europa“ des Salzburger Jugendlandtags wie folgt Stellung nehmen.

Ad 1) „dass alle Ressorts der Salzburger Landesregierung zusammen an Lösungen für die bevorstehende Klimakrise arbeiten“

Die Landesregierung hat mit der Klima- und Energiestrategie SALZBURG 2050 in Form mehrerer Regierungsbeschlüsse den Beitrag des Landes Salzburg zur Bekämpfung der Klimakrise beschrieben und konkrete Ziele festgelegt. Mit klar vorgegebenen Zwischenzielen für 2020, 2030 und 2040 sollen so bis 2050 die Treibhausgasemissionen des Landes auf netto-null sinken und 100 % Erneuerbare Energie eingesetzt werden. Dieser Pfad entspricht den Vorgaben der Pariser Klimaziele aus dem Jahr 2015. Im Umsetzungsprogramm „Masterplan Klima + Energie 2030“ (Regierungsbeschluss vom 15.3.2021) sind Schwerpunktmaßnahmen in den wichtigsten Sektoren beschrieben und wurde in Form des politischen Steuerungsgremiums SALZBURG 2050 ein „Klimakabinett“ konstituiert, in dem die mit ihren Ressorts besonders betroffenen Regierungsmitglieder regelmäßig zusammenkommen. Dieser Weg wird künftig mit weiteren Maßnahmenprogrammen aus allen Ressorts zur Zielerreichung fortgesetzt werden.

Ad 2) „Die Salzburger Landesregierung aufzufordern, regionale Landwirt:innen und Verkaufsläden durch soziale Projekte in Schulen (Bewusstseinsbildung) mehr zu fördern, um auf den Kauf heimischer Produkte aufmerksam zu machen. Daraus würden sich Vorteile, wie weniger Transporte aus Übersee ergeben und somit auch weniger CO² Abgase freigesetzt.“

www.salzburg.gv.at

Das Land Salzburg bietet zusammen mit dem Haus der Natur Umwelt- und Naturbildungsworkshops an, in welchen sich Schülerinnen und Schüler mit aktuellen Umweltfragen auseinandersetzen und erfahren, wie belastend aktuelles Konsumverhalten für Umwelt und Natur ist und welche regionalen Alternativen es gibt. Sie lernen, nach Lösungen zu suchen, und entwickeln spielerisch verantwortungsvolles Handeln gegenüber ihren Mitmenschen und ihrer Umwelt. Anhand von Fragen wie „Wie geht umweltbewusst leben? Was bedeutet Klimaschutz und Ressourcenschonung? Was können Kinder, was können Eltern tun?“ wird nicht nur Wissenswertes zu den Themen Klimaschutz und Nachhaltigkeit vermittelt, sondern das Bewusstsein für einen umwelt- und klimafreundlichen Lebensstil geweckt, insbesondere auch in Richtung regionalem (Lebensmittel-)Einkauf.

Ad 3) „Die gesetzlichen Vorgaben zu vereinfachen, um regionalen Verkauf für Bauern:Bäuerinnen attraktiver zu gestalten und Direktvermarktende zu fördern. Dies würde auch das „Bauernsterben“ verringern und der Biodiversität zugutekommen.“

Die rechtlichen Vorgaben der Direktvermarktung, wie beispielsweise zur Hygiene und zum Tierschutz, sind durch europäische Normen vorgegeben, aber die nationale Umsetzung und die Regelung von Bereichen, welche vom EU-Recht ausgenommen sind, können innerstaatlich geregelt werden. In Österreich sorgen hohe Qualitätsstandards für eine hohe Lebensmittelsicherheit, gleichzeitig bedeuten diese aber auch ein hohes Maß an Investitionskosten, welche in kleinbäuerlichen Strukturen oft schwer wirtschaftlich darstellbar sind. Hervorzuheben ist jedoch, dass im Land Salzburg bereits heute mehr als 50% der landwirtschaftlich genutzten Fläche der biologischen Landwirtschaft zugeschrieben werden kann - das ist ein Spitzenwert in Europa. Diesen Weg gilt es, weiterzugehen und entsprechend zu fördern. Im Rahmen der Lokalen Agenda 21 (LA21) fördert das Land Salzburg die Bewusstseinsbildung und aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden. So werden in LA21-Projekten in Thalgau, Neumarkt, St. Koloman, Straßwalchen, St. Martin bei Lofer, Region PfarrWerfenWeng, Dienten und Kleinarl durch Maßnahmen wie die Gründung eines Dorfladens, von FoodCoops oder von Direktvermarktungsplattformen die lokalen Nahversorger und die Eigenvermarktung klein-bäuerlicher Produkte gestärkt. Dadurch kommen Konsumentinnen und Konsumenten mit den regional Erzeugenden in Kontakt und kann die Wertschätzung für die heimische Landwirtschaft erhöht sowie regionale, gesunde und nachhaltige Strukturen gefördert werden.

Ad 4) „Um Anreize zum Kauf von heimischen Fleisch zu setzen, soll eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung in der Gastronomie eingeführt werden.“

Eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmitteln ist auf Landesebene rechtlich nicht umsetzbar. Dies muss auf Bundes-/EU-Ebene geschehen. Die Landesregierung setzt sich aber auf diesen Ebenen dafür ein. Die beiden Verordnungen, die eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung auf verarbeiteten Produkten und in der

öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung von den Grundzutaten Fleisch, Milch und Eiern regeln, sind fertig und gehen nun in Begutachtung. Nach der Notifikation bei der Europäischen Kommission soll die verpflichtende Herkunftskennzeichnung ab 2023 in Kraft treten.

Ich ersuche um Kenntnisnahme und Weiterleitung an den Landtag zur weiteren Diskussion und Behandlung im Petitionsausschuss.

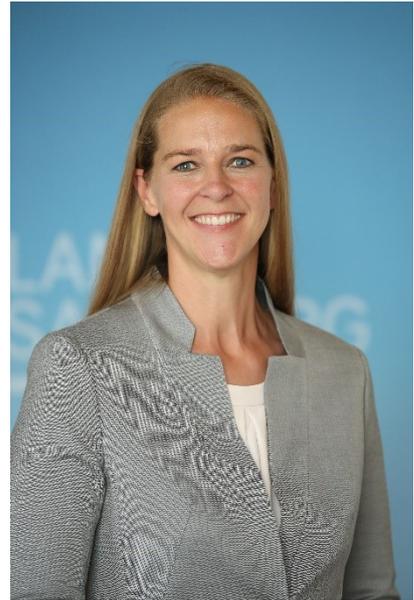
Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Schellhorn', with a long horizontal stroke extending to the right and a vertical stroke ending in a hook.

Dr. Heinrich Schellhorn
Landeshauptmann-Stellvertreter

Antworten aus den Ressortbereichen von Landesrätin Mag.^a (FH) Andrea Klambauer

In der Landesregierung ist Landesrätin Mag.^a (FH) Andrea Klambauer für folgende Ressorts verantwortlich:
Wohnen, Kinderbetreuung, Wissenschaft, Integration,
Frauen, Diversität und Chancengleichheit, Jugend &
Generationen, Familien, Erwachsenenbildung,
öffentliche Bibliotheken und
Entwicklungszusammenarbeit.



Stellungnahme von Landesrätin Mag. (FH) Andrea Klambauer Antrag 3: Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Im Rahmen der außerschulischen Jugendarbeit ist die Regionalstelle für das Erasmus+ Jugend Programm sowie das Europäische Solidaritätskorps bei akzente Salzburg angesiedelt. In dieser Aufgabe gliedert sich die Zuständigkeit in Bewerbung, Beratung und Betreuung der jeweiligen Programmschienen für den außerschulischen Bildungsbereich. Jene beiden Programmschienen können im Rahmen der vorgegebenen Altersregelungen, von allen Jugendlichen in Anspruch genommen werden.

In diesem Zusammenhang haben alle Jugendliche die Möglichkeit, sich über dementsprechende Förderungen bei der akzente Jugendinfo sowie in den akzente Regionalstellen in allen Bezirken zu erkundigen. Ebenso befindet sich in der Struktur von akzente Salzburg ein direkter Fachbereich „Erasmus+ Jugend“ und „Europäisches Solidaritätskorps (ESK)“, wo man sich informieren kann, wenn man die Angebote in Anspruch nehmen möchte.

Infolge der Programmschiene „Erasmus+ Jugend“ gibt es weitere Fördermöglichkeiten für Jugendprojekte und die außerschulische Jugendarbeit. Dazu finden sich zwei Aktionslinien (Key Actions - KA):

- In der KA 1 werden Jugendbegegnungen (der Austausch zwischen jungen Menschen), Fachkräftemobilitäten (Weiterbildungsangebote für Jugendarbeiter*innen) und Youth Participation Activities (Beteiligungsmöglichkeiten von jungen Menschen) gefördert.
- In der KA 2 werden kleinere Partnerschaften (niederschwellige Zusammenarbeit von Jugendorganisationen) und Kooperationspartnerschaften (Entwicklung, Transfer und Implementierung innovativer Praktiken) gefördert.

Im Programm des Europäischen Solidaritätskorps sind Förderung von Freiwilligeneinsätze und Solidaritätsprojekte angesiedelt.

akzente Salzburg setzt mit der Bewerbung dieser Programmschiene zahlreiche Maßnahmen:

- regelmäßige Newsletter Aussendungen
- Bewerbung über Social Media und die Homepage der akzente Jugendinfo
- Veranstaltungen, in deren Rahmen geworben wird (Bsp. Europa bewegt, Mitmischen & Aufmischen im Dorf, Future Talks, ...)
- Außenauftritte bei Messen (BIM, BoBI, IT-Karrieretag, Level-up, ...)
- Informationen in der Jugendinformation Salzburg Stadt, sowie in allen Regionalstellen von akzente in den Bezirken
- Persönliche Beratung nach Terminvereinbarung
- Schulworkshops der Jugendinfo, bei denen das Programm Erasmus+ Jugend beworben wird
- Workshops mit Europaschwerpunkt: Die EU und du, Demokratieatelier Europamodul, ...
- Vernetzungstreffen der offenen Jugendarbeit: Verteilung der Information über die Multiplikator:innen
- regelmäßig stattfindende Informationsnachmittage bzw. -abende zum Erasmus+ Jugend Programm (Präsenz und online)

Erfahrungsberichte von Teilnehmer:innen sind auf der Homepage von akzente Salzburg zu finden, siehe Link: <https://jugend.akzente.net/eu-programme/freiwilligenprojekte/erfahrungsberichte/>

In Salzburg stehen folgende Ansprechpersonen für eine Auskunft beider Programmschienen zur Verfügung:

Nadiana Zieger
Teamleitung, Regionalstellenagenden

ESK: Freiwilligenprojekte im Ausland (Sending)
Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-37, E-Mail: n.zieger@akzente.net

Benedikt Wimmer

Erasmus+ Jugend: Jugendbegegnungen, Fachkräftemobilitäten, Youth Participation Activities
Tel.: +43 (0) 662/ 84 92 91-38, E-Mail: b.wimmer@akzente.net

Duy Le Pham

ESK: Freiwilligenprojekte in Salzburg (Hosting), Solidaritätsprojekte Erasmus+ Jugend: Small-Scale Partnerships, Cooperation Partnerships Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-40, E-Mail: d.pham@akzente.net

Kathrin Weichselbaumer-Wimmer

Erasmus+ Jugend & ESK
Tel.: +43 (0) 662/84 92 91-60, E-Mail: k.weichselbaumer@akzente.net

Weiterführende Informationen:

- <https://jugend.akzente.net/eu-programme>
- <https://erasmusplus.at/de/jugend>
- <https://www.solidaritaetskorps.at>

Stellungnahme von Landesrätin Mag. (FH) Andrea Klambauer

Antrag 7: Information und konstruktiver Dialog, Regionale Anlaufstellen für Intervention und Beratung in den Bereichen Digitale Kommunikation und Social Media

Für Kinder und Jugendliche, die von (Cyber-)Mobbing oder Hass im Netz betroffen sind, ist es häufig schwer, schnell und niederschwellig Unterstützung zu erhalten. Besonders schwierig ist der Zugang zu solchen Angeboten für Heranwachsende aus dem ländlichen Bereich. Eine eigene, dezidiert nur für diesen Bereich zuständige Stelle mit entsprechendem Fachpersonal, welches ausschließlich dafür zuständig ist, gibt es im Bundesland Salzburg zurzeit nicht.

Das Land Salzburg finanziert beim Verein akzente für die außerschulische Jugendarbeit eine Fachstelle „Medienbildung“, die sich unter anderem diesen Themenstellungen widmet. Die Regionalstellen des Vereines akzente sind in den Bezirken Anlaufstellen für Multiplikator*innen und betroffene Jugendliche. Sie können bei Bedarf entsprechende Unterstützungen, nach Maßgabe des tatsächlichen Angebotes, vermitteln.

Die Angebote und Leistungen im Bereich der Medienbildung für die außerschulische Jugendarbeit beim Verein akzente werden ab Herbst 2022 deutlich ausgebaut.

Die Kinder- und Jugendanwaltschaft Salzburg sowie das Friedensbüro Salzburg bieten Interventionen an. Präventive Maßnahmen gibt es von den beiden genannten Stellen sowie von Medien & Gesellschaft/akzente Salzburg.

Betroffene benötigen neben der unmittelbaren psychologischen Beratung und Unterstützung sowie etwaiger juristischer Beratung gegebenenfalls auch die Möglichkeit, ihre Erlebnisse begleitet aufzuarbeiten; auch eine Begleitung bei juristischen Schritten und Wegen kann erforderlich sein. Neben der Einzelbetreuung von Betroffenen können auch intervenierende Maßnahmen im System/Ort des (Cyber-)Mobbings notwendig sein (z.B. Schulklasse), um das Problem nachhaltig zu lösen. Interventionen sind meistens zeitintensiv und bündeln somit viele Ressourcen. Präventive Maßnahmen müssen gleichzeitig laufend und beständig in den verschiedenen Systemen durchgeführt werden.

Gefragt ist der Ausbau der Angebote mit Expertise zum digitalen Lebensraum von Heranwachsenden und den darin vorkommenden Phänomenen, Expertise zur juristischen Sachlage bei (Cyber-) Mobbing (z.B. StGB §107c) und Hass im Netz (z.B. Kommunikations-Plattformen-Gesetz (KoPl-G) und Hass-im-Netz-Bekämpfungsgesetz (HiNBG)) sowie pädagogische/psychologische Fachkompetenz (Prävention, Intervention, Begleitung).

Eine entsprechende Fachstelle in allen politischen Bezirken würde gewährleisten, dass Betroffene verstärkt ortsnahe Unterstützung und Hilfe bekommen können. Besonders relevant ist, dass der wohnortnähere Zugang für alle Heranwachsenden des Landes Salzburg gegeben wäre. Weiterhin wäre zusätzlich zu gewährleisten, dass Heranwachsende im gesamten Bundesland Salzburg über adäquate Kanäle (z.B. social media, Website, Plakate, Schulen, Jugendzentren, ...) über das Angebot zentral informiert werden. Sollte aus fachlicher Sicht in diesem Zusammenhang mit Social-Media-Peergruppen eine erweiterte Informations- und Unterstützungsmöglichkeit tatsächlich erreicht werden können, so wäre dies bei weiteren Überlegungen mitzudenken.

Antworten aus den Ressortbereichen von Landesrat DI Dr. Sepp Schwaiger

In der Landesregierung ist Landesrat Josef Schwaiger für folgende Ressorts verantwortlich: Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, Raumordnung und Personal.



An die
Landtagsdirektion Salzburg

Büro
Landesrat
DI Dr. Josef Schwaiger

Zahl (Bitte im Antwortschreiben anführen)
13501-3/1/501-2022

Datum
24.05.2022

Stellungnahme Jugendlandtag „Ein nachhaltiges, grünes Europa“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bezugnehmend zur Aufforderung eine Stellungnahme für den am 8.11.2022 stattfindenden Jugendlandtag zum Thema „Ein nachhaltiges, grünes Europa“ (Antrag Nr. 5), darf wie folgt mitgeteilt werden:

Billigfleisch aus dem Ausland, lange Tiertransporte und eine ernüchternde Klimabilanz sind Themen, mit denen die heimische Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion täglich konfrontiert sind. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde das Projekt „Kredenzler“ vom Agrar Marketing in Kooperation mit dem Salzburger Bildungswerk, AVOS und der Landwirtschaftskammer ins Leben gerufen. Der Kredenzler ist eine Person, die sich in einer Gemeinde für Regionalität einsetzt und somit den Ausbau des regionalen Lebensmittelangebotes in seiner/ihrer Gemeinde antreibt. Durch das Projekt werden unter anderem auch die im Antrag gestellten Forderungen aufgegriffen. Das Projekt verfolgt folgende Kernziele:

- Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung für heimische Lebensmittel,
- Vernetzung und Bündelung der lokalen Lebensmittelproduzenten,
- Steigerung des Regionalanteiles in der Gemeinschaftsverpflegung, Gastronomie, Einzelhandel und bei Veranstaltungen und Feierlichkeiten.

Um die genannten Ziele zu erreichen, werden zunächst die bereits vorhandenen lokalen kulinarischen Strukturen einer Gemeinde erfasst. Durch diese Erhebung kann anschließend gezielt das Angebot in allen Bereichen vernetzt und erhöht werden. Das Projekt verfolgt das Ziel, eine gesamtheitliche Regionalstruktur in einer Gemeinde zu schaffen - die Gemeinnützigkeit steht dabei im Vordergrund. Angesprochen wird die ganze Gemeinde, angefangen von Produzenten über Gastronomen und Gemeinschaftsverpflegung bis hin zu den BürgerInnen. Eine Zusammenarbeit mit Tourismusverband, Betrieben, Bauernschaft, Ortsbäuerinnen, Gemeinde und Schulen wird dabei

www.salzburg.gv.at

bewusst angestrebt. Die Koordination und Organisation obliegt dem auserwählten Kredenzler. Durch ein breit gefächertes Angebot, wie zum Beispiel der SalzburgerLand Herkunfts-Zertifizierung oder durch Initiativen, Vorträge und Workshops, unterstützen die oben genannten Projektträger die Erreichung der Kernziele.

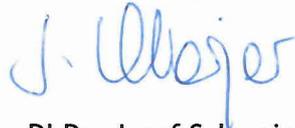
Die entstehenden Vorteile des Projekts decken sich mit den gestellten Forderungen. Die Wertschöpfung bleibt im Ort. Weite Transportwege und das damit verbundene Tierleiden sowie CO² Abgase werden minimiert. Die örtliche Bauernschaft sowie ansässige Manufakturen werden gestärkt und neue Vermarktungs-Perspektiven geschaffen. Die Wertschätzung gegenüber regionalen Lebensmitteln sowie Bewusstseinsbildung wird durch das Angebot der Projektträger in allen Bereichen einer Gemeinde unterstützt und gefördert. Gerade durch diese angestrebte gesamtheitliche Regionalstruktur tritt die Bevölkerung wieder mit heimischen Lebensmitteln in unterschiedlichster Weise - sei es bei einem Familienessen im Dorf-Wirtshaus oder durch Schulexkursionen bei einem ansässigen Bauern - in Kontakt.

Im Verantwortungsbereich der Salzburger landwirtschaftlichen Schulen werden die im Jugendlandtag gestellten Forderungen an die Landesregierungen vielfach bereits umgesetzt, soweit sie von uns beeinflussbar sind:

1. Die Klimakrise wird an vielen Orten versucht zu lindern. Dazu wurden bereits sehr früh Projekte ins Leben gerufen:
 - a. Alle Schulbetriebe werden als Biobetriebe geführt. Diese BIO-Landwirtschaft strahlt auch auf die Salzburger Landwirtschaft aus, die zu mehr als 50 % biologisch bewirtschaftet wird.
 - b. In den Gemeinschaftsverpflegungen werden mindestens zu 40 % biologische und 80 % regionale Produkte verarbeitet.
 - c. Drei der vier Schulen verfügen über das Umweltzeichen, die vierte ist gerade bei der Zertifizierung. Zwei der vier Schulen haben auch das Umweltzeichen in der Gemeinschaftsverpflegung. Alle Schulen verfügen über das Zertifikat „Gut zu Wissen“ und das Salzburger Land Herkunftszertifikat
 - d. An den Schulen wird ausschließlich mit erneuerbarer Energie beheizt, bisher wurden insgesamt 300 kWp an PV-Anlagen installiert.
 - e. Alle Schulbauten wurden so weit als möglich in Holz gebaut.
2. Alle oben genannten Themen finden sich im Unterricht wieder. Zusätzlich werden auch Projekte zum Thema Lebensmittel, Ressourceneinsatz sowie Natur und Umwelt durchgeführt. Für den Kauf regionaler Produkte wurden Initiativen wie ein Lebensmittelautomat, ein Bauernmarkt, ein Milchautomat oder auch eine regionale Landwirtschaftsgenossenschaft gesetzt.
3. Die Ausbildung an den landwirtschaftlichen Schulen hat dazu geführt, dass der Strukturwandel im Verhältnis aller Bundesländer mit 0,8 % im Jahr am geringsten ausgefallen ist. Die Biodiversität in der Ausbildung hat zu einer Biodiversität der Einkommenschancen der Salzburger Landwirtschaft geführt. Gerade die von der Landesregierung in den letzten Jahren gesetzten Investitionsmaßnahmen haben diese Entwicklung gefördert.
4. Die Einführung der Herkunftskennzeichnung in der Gemeinschaftsverpflegung mit 01.01.2023 ist ein erster Schritt zum Bewusstmachen heimischer Produkte. Dies wird an den LFS ab dem Schuljahr 2022/23 umgesetzt.

Regionalität soll sich zu keinem Trend entwickeln, sondern zur Selbstverständlichkeit werden.

Mit freundlichen Grüßen



DI Dr. Josef Schwaiger
Landesrat

Antworten aus den Ressortbereichen von Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi

In der Landesregierung ist Landesrätin Mag.a Daniela Gutschi für folgende Ressorts verantwortlich: Bildung und öffentliche Pflichtschulen, Natur und Nationalpark.



Themengruppe Gutes Lernen

ANTRAG 3: Johanna Lipa und Anna Charusa betreffend Stärkung der Klassenentwicklung und der Schulgemeinschaft

Ressort: Landeshauptmann Dr. Wilfried Haslauer und Landesrätin Mag. Daniela Gutschi

Strukturell ist das Zusammenwachsen des Klassenverbandes im Stundenplan nicht abgebildet (u.a. keine KV-Stunde und die Qualität und das Ausmaß sind zusätzlich abhängig von der Fächerkombination der jeweiligen Lehrkraft), was die Klasse als kleinste Einheit des politischen Miteinander massiv schwächt.

Das bestehende Angebot des Schulpsychologischen Dienstes ist oftmals mit dem Vorurteil konfrontiert, es sei problemorientiert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Der Schulpsychologische Dienst soll beauftragt werden, ein nachhaltiges Format zu entwickeln, um Schüler:innen und Lehrer:innen zu unterstützen, eine Klassengemeinschaft zu bilden (Teambuilding vergleichbar mit Incentives in der Wirtschaft).
2. Um Nachhaltigkeit zu gewährleisten, soll das Format sowohl eine mehrtägige Schulveranstaltung umfassen, als auch einzelne Treffen zur Vor- und/oder Nachbereitung.
3. Der Schulpsychologische Dienst führt die Schulveranstaltung durch. (Psycholog:innen, Erlebnispädagog:innen, Sozialpädagog:innen). Nur so kann die Teambildung zwischen Schüler:innen und Lehrer:innen stattfinden.
4. Die Inhalte sollen den individuellen Neigungen einer Klasse entsprechen und eine Auswahl ermöglichen. In der Umsetzung bietet das touristische Angebot in Salzburg vielfältige Möglichkeiten (z.B. Literatur in Rauris, Flying Fox in Leogang - einfach gesprochen Kultur, Kulinarik, Sport).
5. Die Durchführung soll im Land Salzburg stattfinden.
6. In der Umsetzung möge das Land Salzburg die Schulen mit der Salzburg Land Tourismus GesmbH unterstützen. So können im Tourismus freiwerdende Kapazitäten für Schüler:innen genutzt werden.

Salzburg, eingereicht am 23./24.10.2020

Johanna Lipa und Anna Charusa

Antragstellerinnen: Johanna Lipa und Anna Charusa

Gruppensprecherin: Johanna Lipa

Mehrheitlich angenommen (6 pro, 3 contra)

Eingangs ist festzuhalten, dass der Schulpsychologische Dienst in die Zuständigkeit des Bundes fällt und nicht seitens des Landes mit Projekten beauftragt werden kann. Ebenso obliegt die personelle Ausstattung der Schulpsychologie dem BMBWF. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, nochmals verstärkt durch die Coronapandemie, in ihrer Kernaufgabe - der Hilfestellung von Schülern, Lehrern und Eltern in Problemsituationen - sehr gefordert. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen in den letzten Monaten haben zahlreiche Initiativen und Arbeitstätigkeiten seitens des Schulpsychologischen Dienstes, im Bereich der Prävention zur Gemeinschaftsstärkung, Unterstützung zur Wertevermittlung gegen Gewalt, Sucht und Mobbing sowie zur sozialen Kompetenzerhöhung bei Kinder- und Jugendlichen, stattgefunden.

Die Tätigkeitsfelder sind sehr umfassend:

- Einbringung der Fachexpertisen bei zahlreichen Helferkonferenzen und pädagogischen Konferenzen
- Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams mit SchulqualitätsmanagerInnen und DiversitätsmanagerInnen (um präventive Konzepte in Bezug auf Gewalt durch Stärkung der Sozialkompetenz zu entwickeln)
- Kontakte mit zahlreichen Vereinen: Spektrum, Neustart, Kija, Verein Viele, Caritas, Rettet das Kind, Jugendcoaches, Jugendwohlfahrt, KOKO, Jugendzentren, Sportvereine, Akzente, etc.
- Zusammenarbeit mit der School auf Education (Uni Salzburg: Seminarbeiträge für LehramtsanwärterInnen zum Thema (Cyber-) Mobbing und Gewaltprävention)
- Ausbildung der Schüler- BildungsberaterInnen an der PH Salzburg. SchulpsychologInnen als ReferentInnen zum Thema: Mobbing im Ausbildungslehrgang
- Erstellung von Informationsbroschüren zum Thema Schulabsentismus
- Workshops zu den Themen Gewalt, Suchtprävention und Training sozialer Kompetenz
- Vorträge in Klassen
- Krisenhotline (landes- und bundesweit)
- Aufgrund der Covid Situation waren zahlreiche Arbeitsaufträge geprägt durch akute zum Teil krisenhafte Interventionen.
- Auch SPF Begutachtungen leisten einen Beitrag zur längerfristigen Prävention von Gewalt, da sie durch die Verringerung von Überforderung der Kinder einen möglichen Auslöser für Gewalthandlungen mithelfen zu reduzieren

Die Durchführung von (mehrtägigen) Schulveranstaltungen fällt die Autonomie der jeweiligen Schule. Die Schulleitung (eintägig) und das Schulforum (mehrtägig) entscheiden welche Veranstaltungen in welchem Ausmaß durchgeführt werden. Hierfür gibt es, wie in der Beantwortung von Landeshauptmann Dr. Haslauer übermittelt, bereits eine Vielzahl an Angeboten im Bundesland Salzburg.

Das Bildungsressort des Landes Salzburg fördert darüber eine Vielzahl an Projekten für die Stärkung des Klassenverbands, die durch die Schulen (teilweise auch kostenlos) in Anspruch

genommen werden können. Beispielhaft möchte ich hierfür das Friedensbüro, Jedes Kind und Jugend stärken sowie den Verein selbstbewusst nennen.

KV-Stunden sind derzeit bundesgesetzlich nicht verpflichtend vorgegeben. Diese können jedoch schulautonom als unverbindliche Übung (z.B. soziales Lernen) durchgeführt werden. Ich werde diese Thematik gerne mit dem zuständigen Ministerium besprechen und versuchen, hier positiv einzuwirken.

Beschlüsse des Salzburger Jugendlandtags 2020 vom 25.05.2021

Themengruppe Information und konstruktiver Dialog

ANTRAG 5: Lena Jansel und Jhona Graupner betreffend Workshops an Schulen durch externe Expert:innen zum richtigen Umgang mit digitalen Medien

Ressort: Landesrätin Mag. Daniela Gutschi

Jugendliche benutzen digitale Medien jeden Tag, jedoch ohne dass ihnen der richtige Umgang mit besagten Medien gelehrt wird. So sind soziale Medien oftmals Schauplatz öffentlicher Erniedrigungen, Bloßstellungen und verbaler Gewalt. Die Anonymität im Netz spielt hierbei eine besonders große Rolle. So fällt es einigen leichter, ihre eigene „Hemmschwelle“ zu überschreiten und andere Personen im Netz zu beleidigen. Dabei wird der Datenschutz und das Recht am eigenen Bild oft nicht berücksichtigt, indem Bilder, auf denen andere Personen bloßgestellt werden, veröffentlicht werden. Jedoch ist nicht nur Cybermobbing ein Problem in besagten Medien. Auch das Identifizieren falscher oder irreführender Informationen ist kaum bis gar nicht möglich. Diese zu erkennen wird in den meisten Fällen nicht im Schulunterricht behandelt, obwohl der Umgang mit digitalen Medien mittlerweile im Lehrplan steht.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

Eine verbindliche Umsetzung besagter Workshops zum richtigen Umgang mit digitalen Medien an allen Schulen des Bundeslandes Salzburg ab der Sekundarstufe sowie eine flächendeckende Finanzierung dieser Workshops.

Salzburg, eingereicht am 23./24.10.2020

Lena Jansel und Jhona Graupner

Antragsteller:innen: Lena Jansel und Jhona Graupner

Gruppensprecherin: Lena Jansel

Mehrheitlich angenommen (6 pro, 3 contra)

Wir haben in den letzten Jahren - nochmals verstärkt durch die Coronapandemie - gemerkt, dass wir in Sachen Digitalisierung großen Aufholbedarf haben. Viele der Lücken schließen wir gerade in Zusammenarbeit mit dem Bund im Masterplan für Digitalisierung im Schulwesen. Es ist klar, dass dieses Projekt auch mit Inhalten gefüllt werden muss: Beginnend bei der Ausbildung der PädagogInnen über die Anpassung der Lehrinhalte für SchülerInnen bis hin zur Sensibilisierung für die Gefahren der digitalen Welt (wie z.B. Cybermobbing).

Damit das gelingen kann ist mein Ziel eine koordinierende Stelle in der Bildungsdirektion zu schaffen, welche die Schulen pädagogisch berät. Darüber hinaus möchte ich, gemeinsam mit der ITG, den Kontakt zu ExpertInnen (z.B. aus der Wirtschaft) aufzubauen, damit diese verschiedene Workshops, Kurse und Programme in den Schulen anbieten.

ANTRAG 3:

Die EU mit der Jugend zusammenbringen

Ressortzuständig: Landeshauptmann Dr. Haslauer, Landesrätin Mag.^a Gutschi, Landesrätin Mag.(FH) Klambauer

**Maximilian Berger, Vinzenz Göttfried, Ida van Leerdam, Anna Kramer-Schiller betreffend
Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler:innen schaffen!**

Das Austauschprogramm Erasmus+ bietet europaweit Jugendlichen die Möglichkeit, Erfahrungen im Ausland zu sammeln und das Bewusstsein für Europa zu schärfen. Dafür wird von der EU viel Geld zur Verfügung gestellt, jedoch wird das Potential dieses Projektes aktuell an den Salzburger Schulen nicht vollständig ausgeschöpft. Während manche Schulen einen Zugang zu Erasmus+ Mobilitätsprogrammen für ihre Schüler:innen bieten, gehen andere dieser Aufgabe nicht (ausreichend) nach. Außerdem fehlt Schüler:innen Informationszugang, um über Möglichkeiten und Vorteile der Programme Bescheid zu wissen. Diesen fehlenden Wissenstand sowie die beschriebene Diskrepanz gilt es auszugleichen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Allen Jugendlichen die Teilnahme an Erasmus+ Programmen zu ermöglichen.
2. Der Salzburger Landtag möge dazu an den Bund herantreten und sich dafür stark machen, dass es in jeder Schule mindestens eine zuständige Lehrperson gibt, die für das Erasmus+ Programm vor Ort verantwortlich ist und sich um diesbezügliche Anliegen der Schüler:innen kümmert. Zudem sollten die Klassenvorständ:innen, sowie der Schulgemeinschaftsausschuss das Thema mehr berücksichtigen und miteinbeziehen, sodass Schüler:innen konstant eine Anlaufstelle geboten wird.
3. Den für Erasmus+ zuständigen Lehrpersonen über die Bildungsdirektion Salzburg eine Ansprechperson zur Verfügung zu stellen, die diese Lehrpersonen in ihrer Arbeit unterstützt und Vernetzungstreffen im Raum Salzburg für sie organisiert.
4. Dass derlei Auslandssemester in Österreich angerechnet werden, sodass betroffene Jugendliche nach der Rückkehr ihre Schullaufbahn ungehindert fortsetzen können.
5. Zusätzlich soll sich das Land Salzburg dafür einsetzen, einen Anreiz für Peers (Jugendliche, die bereits an europäischen Mobilitätsprogrammen teilgenommen haben) zu schaffen. Sie sollten an Schulen eingeladen

werden, um ihre Erfahrungen zu teilen und mögliche Fragen der Schüler:innen zu beantworten.

Salzburg, eingereicht am 16.09.2021

Maximilian Berger, Vinzenz Göttfried, Ida van Leerdam, Anna Kramer-Schiller

Antragsteller:innen: Maximilian Berger, Vinzenz Göttfried, Ida van Leerdam,
Anna Kramer-Schiller Gruppensprecherin: Ida van Leerdam

Beschluss des Jugendlandtages vom 5. April 2022:

Der Antrag wird mit 20 Stimmen - gegen 2 Stimmen angenommen.

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Gutschl:

Gerade in Zeiten der Pandemie waren große Schulveranstaltungen, wie auch die Teilnahme an Austauschprogrammen oder der Besuch von Partnerschulen im Ausland oft nur schwer oder gar nicht möglich. Es ist daher umso wichtiger, dass wir unseren Schülerinnen und Schülern diese Möglichkeiten wieder näherbringen und jeder und jedem, der/die an einem Erasmus+ Austausch teilnehmen wollen, dies auch zu ermöglichen.

Die Bildungsdirektion hat bereits in Vergangenheit mittels Rundschreiben alle öffentlichen Schulen im Bundesland regelmäßig über das Erasmus+ informiert. Alle diesbezüglichen Informationen sind auch auf der Homepage unter <https://www.bildung-sbg.gv.at/unterricht/europaservice/eu-programm-erasmus-info-oead-bmbwf/> abrufbar.

Die Vorschläge, dass es an jeder Schule eine zuständige Lehrperson geben soll und dass das Programm in den Schulgremien stärker berücksichtigt werden soll, sind jedenfalls begrüßenswert und müsste seitens des BMBWF umgesetzt werden. Für Lehrpersonen stehen die jeweiligen Schulqualitätsmanager als Ansprechpersonen zur Verfügung, die bei Detailfragen auch an die zuständigen Mitarbeiter*innen beim OEAD oder im BMBWF vermitteln können.

Für Lehrlingspraktika gibt es zudem den gemeinnützige Verein ALE, der für die „ARGE Alp“ Praktika in Salzburg (Tirol, Vorarlberg, Bayern, Schweiz, Lichtenstein und Südtirol) organisiert.

ANTRAG 7:

Information und konstruktiver Dialog

Ressortzuständig: Landesrätin Mag. (FH) Klambauer,
Landesrätin Mag. Gutschi

Mohamad Ali und Lara-Maria Mayr betreffend Regionale Anlaufstellen für Intervention und Beratung in den Bereichen Digitale Kommunikation und Social Media

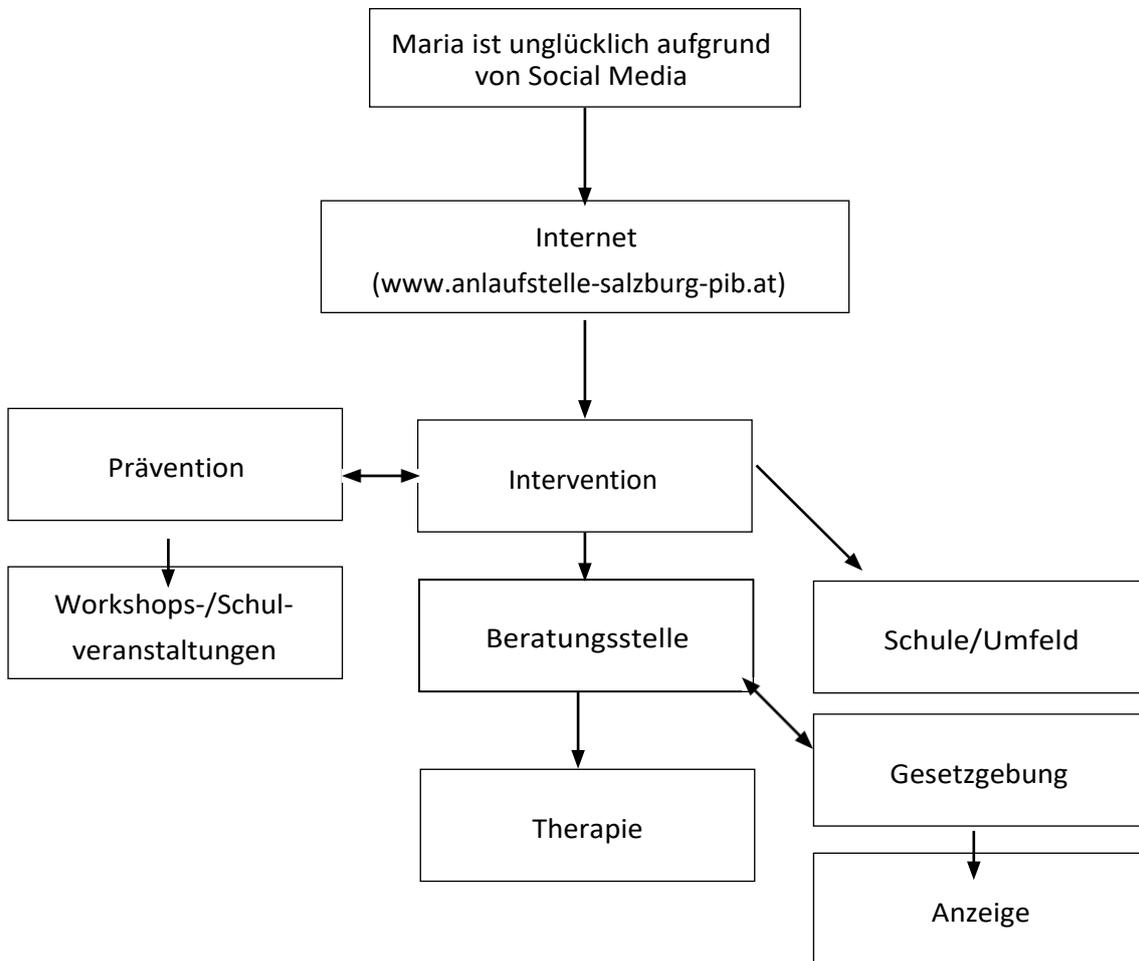
Heutzutage werden Jugendliche täglich mit Hass im Netz, Cybermobbing, Diskriminierung, etc. konfrontiert. Aufgrund persönlicher Erfahrungen wurden wir auf dieses Thema aufmerksam.

Jugendliche finden viel zu wenige Stellen (Organisationen) und Fachpersonen vor, welche ihnen in Belangen Social Media sowie den daraus entstehenden Problemen Gehör schenken. Oftmals werden Jugendliche mit ihren Belangen und Problemen allein gelassen. Es bestehen zwar bereits Institutionen, welche auch gute Arbeit leisten, jedoch sind diese nicht zur Genüge vorhanden und auch schwer erreichbar. Vor allem in den einzelnen Bezirken im Salzburger Land bestehen kaum Anlaufstellen, um den Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht zu werden und diese fachlich zu begleiten und zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. In jedem Bezirk den Aufbau jugendgerechter Einrichtungen durchzuführen, welche mit einem niederschweligen Beratungs- und Informationsangebot junge Menschen mit ihren oben erwähnten Problemstellungen unterstützen können. Es ist wichtig, dass sich mindestens eine dieser Einrichtungen als Anlaufstelle in jedem Bezirk befindet, an zentralen und gut erreichbaren Orten. Wir erwarten von diesen neuen Einrichtungen das Setzen präventiver Maßnahmen. Schon alleine zuzuhören hilft den Jugendlichen oftmals weiter.
2. Eine weitere Maßnahme der jugendgerechten Einrichtungen ist, dass ausgebildete Fachkräfte der Anlaufstellen die Schulen besuchen und direkt vor Ort Informationen und Lösungsvorschläge liefern, sowie Workshops anbieten. Die Einsetzung der Einrichtung muss unbedingt mittels Website, Instagram etc. abgelenkt werden, damit Jugendliche wissen, an wen sie sich wenden können. Nicht nur ausgebildete Medienpädagog:innen, sondern auch Jugendliche selbst sollen aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus einen realitätsnahen Bezug herstellen.
3. Den Aufbau einer Social-Media-Peergruppe in jedem Bezirk und koordinierte Kommunikation untereinander sowie eine regelmäßige Kommunikationsplattform mit Politiker:innen zu forcieren. Hier sollen den Politiker:innen im gegenseitigen Austausch lebensweltbezogene Themen näher gebracht werden können (gegenseitiges Update betreffend Problemstellungen Jugend und aktuellen Maßnahmen der Regierung).

Maßnahmen Channels:



Salzburg, eingereicht am 16.09.2021 Mohamad Ali und Lara-Maria Mayr

Antragsteller:innen: Mohamad Ali und Lara-Maria Mayr
Gruppensprecher: Mohamad Ali

Beschluss des Jugendlandtages vom 5. April 2022:

Der modifizierte Antrag wird einstimmig angenommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. In jedem Bezirk den Aufbau oder Ausbau von Jugendzentren oder jugendgerechter Einrichtungen durchzuführen, welche mit einem niederschweligen Beratungs- und Informationsangebot junge Menschen mit ihren oben erwähnten Problemstellungen unterstützen können. Es ist wichtig, dass sich mindestens eine dieser Einrichtungen als Anlaufstelle in jedem Bezirk befindet, an zentralen und gut erreichbaren Orten. Wir erwarten von diesen neuen Einrichtungen das Setzen präventiver Maßnahmen. Schon alleine zuzuhören hilft den Jugendlichen oftmals weiter.
2. Eine weitere Maßnahme der jugendgerechten Einrichtungen ist, dass ausgebildete

Fachkräfte der Anlaufstellen die Schulen besuchen und direkt vor Ort Informationen und Lösungsvorschläge liefern, sowie Workshops anbieten. Die Einsetzung der Einrichtung muss unbedingt mittels Website, Instagram etc. abglichtet werden, damit Jugendliche wissen, an wen sie sich wenden können. Nicht nur ausgebildete Medienpädagog:innen, sondern auch Jugendliche selbst sollen aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus einen realitätsnahen Bezug herstellen. Dies solle bereits im Volksschulalter passieren. Diesbezügliche Informationen sollen in den Schulen bereitgestellt werden.

3. Den Aufbau einer Social-Media-Peergruppe in jedem Bezirk und koordinierte Kommunikation untereinander sowie eine regelmäßige Kommunikationsplattform mit Politiker:innen zu forcieren.
Hier sollen den Politiker:innen im gegenseitigen Austausch lebensweltbezogene Themen näher gebracht werden können (gegenseitiges Update betreffend Problemstellungen Jugend und aktuellen Maßnahmen der Regierung).

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Gutschl:

Betreffend den Aufbau bzw. Ausbau von Jugendzentren oder jugendgerechter Einrichtungen darf ich ressortzuständigkeitshalber auf die Stellungnahme von Landesrätin Mag. (FH) Klambauer verweisen.

Mit der fortschreitenden Digitalisierung, u.a. auch im schulischen Kontext, werden uns einerseits viele neue Möglichkeiten eröffnet. Andererseits bergen das Internet, soziale Medien, etc. auch Gefahren, auf die wir adäquat reagieren müssen. Der Vorschlag der Antragsteller*innen, dass es hier Anlauf- und Beratungsstellen im außerschulischen Kontext gibt ist jedenfalls begrüßenswert. Auch eine Kooperation von Schulen mit diesen ausgebildeten Fachkräften ist eine weitere Möglichkeit unsere Kinder und Jugendlichen für diese Themen noch besser zu sensibilisieren.

In der Schule gibt es ab dem nächsten Schuljahr das neue Schulfach „digitale Grundbildung“.

In der Volksschule werden hier digitale Kompetenzen im Lehrplan verankert. Im Vordergrund stehen die Medienbildung und der reflektierte Umgang mit dem Internet sowie ein spielerischer Zugang zu Technik und Problemlösung.

Die Digitale Grundbildung wird in der 5. bis 8. Schulstufe mit jeweils mindestens einer fixen Stunde im Stundenplan umgesetzt, somit ergibt sich eine Zahl von insgesamt mindestens 4 Jahreswochenstunden im Verlauf der Sekundarstufe I. Das zentrale fachliche Konzept des neuen Lehrplans ist angelehnt an das Frankfurt Dreieck, das die Lehrplaninhalte aus drei Blickwinkeln betrachtet:

- Wie funktionieren digitale Technologien (T),
- Welche gesellschaftlichen Wechselwirkungen ergeben sich durch ihren Einsatz (G)
- Welche Interaktions- und Handlungsoptionen ergeben sich für Schülerinnen und Schüler(I).

Im Bundesland Salzburg gibt es auch bereits jetzt viele Vereine und Organisationen, die Medienbildung, u.a. auch in Schulen anbieten. Beispiele dafür sind YoutStart, akzente, radiofabrik, lern.film.studios.

ANTRAG 8: Gutes Lernen

Ressortzuständig: LRⁱⁿ Mag. Gutschl

**Lisa Weißenbacher, Diana Sophie Dähn,
Konstanze Trigler, Lena Pair, Zsoro Uzunov
betreffend
Alltagskompetenzen**

Das European Youth Goal 8 „Gutes Lernen“ verweist bereits deutlich auf die Notwendigkeit, dass Jugendlichen Alltagskompetenzen vermittelt werden, um auch außerhalb von schulischem Kontext und im späteren Leben den Herausforderungen im 21. Jahrhundert gewachsen zu sein.

An Schulen werden folgende Alltagskompetenzen zu wenig vermittelt: Finanzkompetenzen wie beispielsweise die Handhabung von größeren Geldmengen und Haushaltsfinanzen, Sozialkompetenzen wie beispielsweise Konfliktlösung und konstruktive Entscheidungsprozesse sowie Rechtskompetenzen wie beispielsweise Versicherungen. Es werden von Schulen eintägige Workshops angeboten, die jedoch rein auf Wissen und nicht auf Verständnis oder Anwendung fokussiert sind und somit keinen nachhaltigen Lerneffekt haben.

Stattdessen sollen diese Kompetenzen kontinuierlich und fächerübergreifend durch Projektunterricht während der Oberstufe vermittelt und deren Verständnis durch die praxisnahe Lehrmethode gefördert werden. Durch die Vermittlung dieser Kompetenzen an Schulen kann sichergestellt werden, dass möglichst viele Jugendliche durch diesen Zugang bestmöglich auf das spätere Leben vorbereitet werden.

Viele Aufgaben des täglichen Lebens eines Erwachsenen, die normalerweise von Lehrkräften beziehungsweise Eltern übernommen werden, könnten mit der Unterstützung von Coaches durch Projektteams bestehend aus Schüler:innen eigenständig geplant und umgesetzt werden. Es bestünde die Möglichkeit, dass Schüler:innen beispielsweise einen Schulausflug von Anfang bis Ende selbstständig verwirklichen. Dabei können sie lernen, wie man ein Hotel bucht, sich um Versicherungen kümmert, einen Budgetplan erstellt usw.

Hierbei ist es uns ein Anliegen, dass der Großteil der Arbeit von den Schülern und Schülerinnen bewerkstelligt wird und die Lehrkräfte lediglich in einer beratenden Funktion zur Seite stehen. Auch ist ein Anliegen, dass möglichst viele Alltagskompetenzen in diversen Projekten vermittelt werden können. Um die essenziellen Kompetenzen festzustellen, können die Schüler und Schülerinnen in den Entscheidungsprozess eingebunden werden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass von Schulen der Oberstufe die Möglichkeit geboten werden muss, Projekte (im Rahmen des Unterrichts) zur Aneignung von Alltagskompetenzen durchzuführen. Die Projekte sind federführend von den Schülern und Schülerinnen zu planen und umzusetzen.
2. Dass ausreichende finanzielle Mittel und nach Möglichkeit und Maßgabe ein schulexterner Coach für jedes Projekt zur Verfügung

gestellt werden.

Salzburg, eingereicht am 16.09.2021

Lisa Weißenbacher, Diana Sophie Dähn, Konstanze Trigler, Lena Pair, Zsoro Uzunov

Antragsteller:innen: Lisa Weißenbacher, Diana Sophie Dähn,
Konstanze Trigler, Lena Pair, Zsoro Uzunov
Gruppensprecherin: Diana Sophie Dähn

Beschluss des Jugendlandtages vom 5. April 2022:

Der modifizierte Antrag wird **einstimmig** angenommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller:innen den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass von Schulen ab der achten Schulstufe die Möglichkeit geboten werden muss, Projekte (im Rahmen des Unterrichts) zur Aneignung von Alltagskompetenzen durchzuführen. Die Projekte sind federführend von den Schülern und Schülerinnen zu planen und umzusetzen.
2. Dass ausreichende finanzielle Mittel und nach Möglichkeit und Maßgabe ein schulexterner Coach für jedes Projekt zur Verfügung gestellt werden.

Stellungnahme Landesrätin Mag.^a Gutschi:

Es gibt einige Bereiche die in unseren Lehrplänen derzeit zu wenig Bedeutung finden. Ein Beispiel dafür sind sicherlich Finanzkompetenzen. Im Pflichtschulbereich versuchen wir das daher bestmöglich mit externen Partnern, wie zum Beispiel IFTE (im Rahmen von „Jedes Kind stärken“ und „Jugend stärken“) oder der Schuldnerberatung mit dem Finanzführerschein, abzudecken.

Projektunterricht ist auch derzeit bereits möglich und in §17 (1) des Schulunterrichtsgesetzes verankert. Dort ist festgelegt, dass Lehrer*innen den Lehrstoff des jeweiligen Unterrichtsgegenstandes anschaulich und gegenwartsbezogen entsprechend dem Stand der Wissenschaft zu vermitteln haben. Weiters hat die Lehrperson unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schüler/innen und durch geeignete Methoden eine gemeinsame Bildungswirkung aller Unterrichtsgegenstände anzustreben. Dabei sind die Schüler*innen zur Selbsttätigkeit und zur Mitarbeit in der Gemeinschaft anzuleiten.

Die allgemeinen Ziele des Projektunterrichts sind im Rundschreiben Nr. 32/2017 des Bildungsministeriums festgelegt:

- Selbstständiges Lernen und Handeln
- Eigene Fähigkeiten und Bedürfnisse erkennen und weiterentwickeln
- Handlungsbereitschaft entwickeln und Verantwortung übernehmen
- Ein weltoffenes, gesellschaftlich-politisches Problembewusstsein entwickeln Herausforderungen und Problemlagen erkennen, strukturieren und kreative Lösungsstrategien erarbeiten
- Kommunikative und kooperative Kompetenzen sowie eine konstruktive Konfliktkultur entwickeln Organisatorische Zusammenhänge begreifen und gestalten

Die nötigen Rahmenbedingungen für einen entsprechenden Projektunterricht, wie von den

Antragsteller*innen gefordert, gibt es somit bereits. Eine Verpflichtung dazu kann nicht seitens des Bildungsressorts des Landes erfolgen, sondern müsste vom Bund geregelt werden.

Die Schulen können jedoch Seitens der Bildungsdirektion explizit auf die Möglichkeit, auch in Bezugnahme auf einen einstimmigen Beschluss im Jugendlandtag, hingewiesen werden.

ANTRAG 9: Gutes Lernen

Ressortzuständig: LRⁱⁿ Mag. Gutsch

**Wolfgang Schweitzer, Fabian Hinterberger, Felix Wallinger,
Andreas Reiberstorfer, Felix Sandri betreffend Digitalisierung
an Schulen**

Die Politik treibt die Digitalisierung zum Beispiel durch den 8-Punkte-Plan stark voran. Trotzdem setzen viele Schüler:innen aus Eigeninitiative Technologie (Einsatz und Verwendung digitaler Endgeräte) öfter ein, als von der Schule gefordert wird. Einige Lehrer:innen unterstützen die Schüler:innen dabei, manchmal wird dies aber aus nicht nachvollziehbaren Gründen verboten. Zum Beispiel haben manche Lehrkräfte eine generelle Abneigung gegenüber der Technik oder denken, die Schüler würden sowieso nur „Candycrush“ spielen. Vereinzelt erlauben Schulen keine digitale Mitschrift. Deshalb sind gesetzliche Grundlagen notwendig, auf die sich berufen werden kann. Die Verwendung stellt sämtliche Vorteile dar, so bietet sie einen Mehrwert für digitale Kompetenzen, mehr Ordnung, weniger Papierverbrauch, weniger Gewicht in der Schultasche, vereinfacht die Zusammenarbeit, steigert die Effizienz und ermöglicht immer und überall arbeiten zu können. Die Bemühungen für die Digitalisierung bringen wenig, wenn digitale Hilfsmittel nicht eingesetzt werden dürfen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass Mitarbeiten (Mitschrift, Ausfüllen von Arbeitsblättern etc.) im Unterricht mit digitalen Endgeräten (Tablets und Laptops) statt Papier akzeptiert und aktiv gefördert wird. Wenn ein Schüler ausschließlich digital arbeiten möchte, ist dies prinzipiell technisch und pädagogisch möglich und soll deshalb grundsätzlich gestattet sein.
2. Schüler:innen höherer Schulen bei der Ausstattung mit entsprechenden Geräten oder digitalen Lernmitteln finanziell zu fördern. Der Betrag soll durch einen bestimmten Prozentsatz der Kosten und eine Maximalhöhe pro Schüler:in eingeschränkt werden (75 % des Kaufpreises jedoch max. 400.-). Unterrichtsmaterialien sowie sämtliche Schulbücher und Arbeitsblätter sollen digital zur Verfügung gestellt werden.
3. Die WLAN-Verbindungen an den Schulen weiterhin auszubauen und zu verbessern.

Salzburg, eingereicht am 16.09.2021

**Wolfgang Schweitzer, Fabian Hinterberger, Felix Wallinger, Andreas Reiberstorfer,
Felix Sandri**

**Antragsteller: Wolfgang Schweitzer, Fabian Hinterberger, Felix Wallinger,
Andreas Reiberstorfer, Felix Sandri**

Gruppensprecher: Wolfgang Schweitzer

Beschluss des Jugendlandtages vom 5. April 2022:

Der modifizierte Antrag wird **einstimmig** angenommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den Antrag, der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass Mitarbeiten (Mitschrift, Ausfüllen von Arbeitsblättern etc.) im Unterricht ab der fünften Schulstufe mit digitalen Endgeräten (Tablets und Laptops) statt Papier akzeptiert und aktiv gefördert wird. Wenn ein Schüler ausschließlich digital arbeiten möchte, ist dies prinzipiell technisch und pädagogisch möglich und soll deshalb grundsätzlich gestattet sein.
2. Schüler:innen höherer Schulen bei der Ausstattung mit entsprechenden Geräten oder digitalen Lernmitteln finanziell zu fördern. Der Betrag soll durch einen bestimmten Prozentsatz der Kosten und eine Maximalhöhe pro Schüler:in eingeschränkt werden (50 % des Kaufpreises jedoch max. 300.-). Unterrichtsmaterialien sowie sämtliche Schulbücher und Arbeitsblätter sollen digital zur Verfügung gestellt werden.
3. Die WLAN-Verbindungen an den Schulen weiterhin auszubauen und zu verbessern.
4. Schülerinnen und Schüler sollen ab der fünften Schulstufe auf den Umgang mit Computern und digitalen Medien gezielt vorbereitet werden.

Stellungnahme Landesrätin Mag.a Gutschl:

Die Digitalisierung bestimmt fast alle unserer Lebensbereiche. Auch in der Schule hat sich in den letzten Jahren bereits viel getan. Seitens der Schulerhalter wird seit jeher viel in die Ausstattung der Schulen investiert, auch in Hinblick auf digitale Medien. Mit der Umsetzung des „8-Punkte-Plans“ ist hier noch viel mehr in Bewegung gekommen. Der größte Schritt ist hier vermutlich die Ausstattung aller Schüler*innen der fünften (im SJ 2021/22 auch sechsten) Schulstufen mit digitalen Endgeräten. Begleitend dazu wurde die Infrastruktur in den Schulen ausgebaut, Fortbildungsmaßnahmen für Lehrer*innen an den pädagogischen Hochschulen initiiert und entsprechende Softwareausstattung zugekauft.

Die Digitalisierung im Schulbereich ist ein riesiger Schritt, aber auch ein stetiger Prozess. Ich bin daher der Meinung, dass eine gesetzliche Verpflichtung der Lehrer*innen für das Aufbereiten von Arbeitsblättern und Übungen in digitaler Form derzeit noch zu früh ist. Mit den laufenden Fortbildungsmaßnahmen und der Neuanstellung von Lehrkräften, denen der Umgang mit digitalen Medien bereits an der Uni oder PH gelehrt wurde, wird dieser Wandel früher oder später automatisch passieren, kann oder muss zu einem späteren Zeitpunkt aber auch gesetzlich verankert werden. Überdies gibt es einige Studien die zum Ergebnis kommen, dass das klassische Mitschreiben unter Verwendung von Papier und Stift messbar bessere Lernleistungen bringt als das Führen einer digitalen Mitschrift. Gleiche Ergebnisse gibt es auch beim Lesen.

Eine Förderung von Geräten oder digitalen Lerninhalten müsste zuständigkeitshalber von Seiten des Bundes kommen.

Das BMBWF hat festgelegt, dass die IT-Infrastruktur an Bundesschulen bis 2023 flächendeckend die Rahmenbedingungen für digital unterstützten Unterricht erfüllt. Im Pflichtschulbereich arbeiten wir mit den Schulerhaltern im Rahmen der Breitbandstrategie an einem stetigen Ausbau.

Ab dem Schuljahr 2022/23 werden Schüler*innen gezielt im Fach „digitale Grundbildung“ auf den Umgang mit Computern und digitalen Medien vorbereitet. Dazu wird auch online Angebote und Fortbildungen an der pädagogischen Hochschule für Lehrkräfte geben. In den Mittelschulen wollen wir zudem die Software „SchuBu“ zum Einsatz bringen.

Antworten aus den Ressortbereichen von Landesrat Mag. Stefan Schnöll

In der Landesregierung ist Landesrat Stefan Schnöll für folgende Ressorts verantwortlich: Verkehr, Infrastruktur und Sport.



Stellungnahme zum Antrag 6 von Simon Seer und Anna Maria Langegger betreffend Verbesserung der ländlichen Infrastruktur:

Zu 1. Die Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel sollte ausgebaut werden und die Busse

sollten auch später am Abend noch fahren.

Das Angebot im Regionalbusverkehr wurde bereits in den letzten Jahren sukzessive ausgebaut und verdichtet, wobei in vielen Fällen auch Abendverbindungen angeboten werden (z.B. Linie 120, 130, 140, 150 etc.). Während man bei dieser Angebotsverbesserung zunächst mit den frequenzstärksten Linien begonnen hat, soll in Zukunft im ganzen Land Salzburg ein Taktverkehr angeboten werden, der in Abhängigkeit von der Siedlungsdichte bzw der Nachfrage gestaltet wird. Damit soll sowohl in der Hauptverkehrszeit als auch in den Abendstunden und am Wochenende eine attraktive ÖV-Bedienung der Region sichergestellt werden.

Zu 2. Für die Wochenenden sollten Nightliners in Form von Bussen bzw. Taxis (mind. Zweimal in der Nacht) eingerichtet werden.

und zu 3. Für Jugendliche (16-20) Taxifahrten zu ermäßigten Preisen anzubieten. Dies könnte in Form von 1€-Fahrten zu einer limitierten Menge geschehen.

Die „Nightliner“ oder „Nachtshuttles (Taxis)“ Nachtbusse sind nach dem Corona-bedingten Stopp der Nachtgastronomie seit 09.07.2021 wieder fahrplanmäßig unterwegs. Diese werden von den Gemeinden und Regionalverbänden als zusätzliches Angebot zum regulären Linienverkehr bestellt. Die Besteller legen auch die Fahrpreise fest, daher ist die Nachtbusfahrt derzeit auch nicht in der Verbundfahrkarte inkludiert. Die Gemeinden können sich zur Erstellung von Konzepten aber gerne des Know Hows der Salzburger Verkehrsverbund Ges.m.b.H. (SVG) bedienen.

In der Vergangenheit hat sich leider auch gezeigt, dass manche „Nightliner“ oder „Nachtshuttles (Taxis)“, speziell in den ländlichen Gegenden, nur sehr sporadisch nachgefragt werden.

Zu 4. Die Erschließung neuer Haltestellen zu verbessern, damit auch Bewohner (Jugendliche sowie Ältere) abseits der bereits existierenden Verkehrslinien davon profitieren können.

Die SVG prüft im Zuge der Fahrplanplanung laufend die Situierung der Haltestellen und regt bei Bedarf auch die Errichtung neuen Haltestelle oder die Verbesserung der Haltestelleninfrastruktur an. Darüber hinaus wird derzeit auch geprüft, inwieweit Mikro-ÖV Systeme die flächige Erschließung über einen Zu- und Abbringerdienst zu den bestehenden Buslinien verbessern können. Die Errichtung der Haltestellen liegt in der Regel im Aufgabenbereich der Gemeinden.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,
liebe Brigitta!

Da ich mich für den morgigen Jugendlandtag terminbedingt leider entschuldigen muss, darf ich die Beantwortung der Anfrage auf diesem Weg schriftlich übermitteln.

Frage 1: Warum wird in neue Projekte investiert (S-Link), anstatt sich auf die Verstaatlichung der Öffis bzw. auf den Ausbau der bestehenden Kapazitäten am Land und in der Stadt zu Stoßzeiten zu konzentrieren?

Das Land Salzburg bemüht sich seit Jahren, die Menschen zum Umstieg auf die Öffis zu motivieren. Dazu ist es notwendig einerseits günstige Tarife und andererseits ein attraktives Angebot bereitzustellen.

Aus diesem Grund hat das Land zum Beispiel bereits vor Jahren die SUPER s'COOL-CARD eingeführt, mit welcher Schülerinnen und Schüler sowie Lehrlinge bis 24 Jahre um 96 € alle Busse und Bahnen im Land Salzburg nutzen können. Darüber hinaus wurden im diesem Jahr die Jahreskarten nochmals deutlich vergünstigt und ab 1. Juli 2022 wird es auch ein neues Ticket für alle unter 26 Jahren um nur 274 Euro pro Jahr geben.

Parallel dazu wurde auch das Angebot im Öffentlichen Verkehr stark ausgeweitet und insofern „verstaatlicht“, als die Angebotsplanung (Fahrplan, Betriebszeiten, Qualität der Fahrzeuge,) nicht mehr von Verkehrsunternehmen, sondern von der im Eigentum des Landes befindlichen Verkehrsverbundgesellschaft (SVG) durchgeführt wird.

Um gegenüber dem Auto konkurrenzfähiger zu werden, muss aber laufend an weiteren Verbesserungen gearbeitet werden. Das Einzugsgebiet der Stadt ist inzwischen riesig geworden. Wenn man einen Radius von 50 Kilometern rund um die Stadt Salzburg zieht, leben in diesem Raum mittlerweile eine Million Menschen, von denen viele beruflich oder zu Ausbildungszwecken in die Stadt Salzburg pendeln. Damit kommt auch das gesamte Verkehrssystem an seine Grenzen aufgrund der beengten Raumverhältnisse. Es braucht daher unbedingt die Umsetzung des S-LINK, da wir dann eine durchgängige Schieneninfrastruktur bekommen, die den Norden mit dem Süden verbindet und die Stadt Salzburg für beide Richtungen und somit den gesamten Zentralraum gut erreichbar macht. Sowohl für den Berufs- als auch den Freizeitverkehr wird das viele neue Möglichkeiten eröffnen.

Durch diese Investition werden die Öffis in der Region rund um die Stadt Salzburg so stark an Attraktivität gewinnen, dass es zu einer Verlagerung des Autoverkehrs kommen wird.

Frage 2: Ist E-Mobilität langfristig gesehen sinnvoll, sind die Grundlagen dafür vorhanden (Ladestationen, Stromnetzüberlastung, Infrastruktur) und gibt es von Seiten des Landes einen Ausbau der Förderungen für Privatpersonen?

Wie von dir bereits mitgeteilt, wird diese Frage zuständigkeitshalber von LH-Stv. Dr. Heinrich Schellhorn beantwortet.

Beste Grüße
Stefan

Mag. Stefan Schnöll
Landesrat
PF 527, Kaigasse 14, A-5010 Salzburg
Tel.: +43 662 8042-4940
mailto: schnoell@salzburg.gv.at
<http://www.salzburg.gv.at/schnoell>

Antworten des Landesjugendbeirats

Laut Salzburger Jugendgesetz berät der Salzburger Landesjugendbeirat die Landesregierung in grundsätzlichen Angelegenheiten junger Menschen, insbesondere der Jugendförderung. Im Rahmen dieser Beratungstätigkeit kommen ihm insbesondere folgende Aufgaben zu:

- Stellungnahmen vor Erlassung oder Änderung der Förderungsrichtlinien,
- Stellungnahmen zu Gesetz- oder Verordnungsentwürfen, die Kinder und Jugendliche betreffen,
- Gemeinsame Projekte mit und für Kinder und Jugendliche,
- Festlegung bedeutender konkreter Zielsetzungen der Jugendförderung,
- Austausch und Information über Veranstaltungen, Aktionen und Projekte, die von den
- Kinder- und Jugendorganisationen sowie Jugendzentren durchgeführt werden.



Stellungnahme des Landesjugendbeirates Salzburg

zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2021

Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzung des
Landesjugendbeirates am 16.05.2022

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	1
Antrag 1 „Direkte Demokratie in Salzburg“	2
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	2
Antrag 3 „Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler*innen schaffen“	3
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	3
Antrag 5 „Regionale Wirtschaft“	4
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	4
Antrag 7 „Regionale Anlaufstellen für Intervention und Beratung in den Bereichen Digitale Kommunikation und Social Media“	5
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	5
Antrag 8 „Alltagskompetenzen“	6
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	6
Antrag 8 „Digitalisierung an Schulen“	7
<i>Stellungnahme des Landesjugendbeirates</i>	7
Quellenverzeichnis	8

Einleitung

Der Jugendlandtag ist ein wichtiges demokratiepädagogisches Werkzeug, welches das Prinzip der Selbstwirksamkeit, das Gefühl etwas verändern und bewirken zu können, stärkt. In Folge soll bei den Teilnehmenden politisches Interesse und im besten Fall auch politisches Engagement geweckt werden.

Nicht nur die Jugendlichen sondern auch die Politik gewinnt durch die Institution des Jugendlandtages, der jährlich abgehalten wird. Die politischen Entscheidungsträger*innen hören dadurch die wichtige und zukunftsorientierte Stimme der jungen Generation. Immer öfter werden Themen aufgegriffen, deren Tragweite von vielen Erwachsenen oft nicht erkannt wird (z.B. Antrag 8 Alltagskompetenz). Diese Themen werden von Jugendlichen frei angesprochen und Forderungen dazu formuliert. Diesem Mut zollen die Mitglieder des Landesjugendbeirates ihren Respekt.

Der Beirat appelliert erneut an die Landesregierung, den Stimmen zuzuhören und ihre Ideen umzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Jugendlichen selbst Expert*innen ihrer Lebenswelten (z.B. im Bereich Digitalisierung) sind, muss eine gesellschaftliche Haltung forciert werden, die einen intergenerationalen Austausch auf Augenhöhe ermöglicht.

An dieser Stelle soll die Wiederkehr der Themen und die Ähnlichkeit der Anträge über die Jahre hinweg verdeutlicht werden. Es zeigt auf, wie wichtig bestimmte Themen für die Jugendlichen im Bundesland sind und wie wenig Veränderungen sie in diesen Bereichen wahrnehmen.

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie ist akuter Handlungsbedarf für die Anliegen der Jugendlichen entstanden. Die Anträge machen insgesamt auf ein Informationsdefizit aufmerksam, welches aus Sicht des Landesjugendbeirates ressortübergreifend bewerkstelligt werden muss.

Die Mitglieder des Landesjugendbeirates geben gerne ihre Expertise bezüglich jugendrelevanter Themen und Projektumsetzungen an die Landesregierung weiter und appellieren an diese, die Vorschläge der Jugendlichen umzusetzen. Denn wie oben festgehalten, kann der Jugendlandtag das Gefühl der Selbstwirksamkeit für die Teilnehmenden erzeugen. Aber nur unter der Voraussetzung, dass sie mit diesem Instrument auch etwas bewegen können. Gerne stehen die Mitglieder des Beirates weiterhin zur Verfügung, um Partizipationserfahrungen gemeinsam zu gestalten. Aus diesem Grund möchten wir hier ausdrücklich wieder das Angebot machen, für weitere Gespräche offen zu sein und freuen uns über eine Einladung von Seiten der politischen Entscheidungsträger*innen. Aus unserer Sicht stellen regelmäßige Evaluationstreffen in Form eines Jugendgipfels die geforderte Partizipation und Mitbestimmung der Jugendlichen sicher.

Die folgenden Stellungnahmen sind Ergebnis einer Arbeitsgruppe des Landesjugendbeirates, zu der alle Mitglieder und Gäste des Beirates eingeladen wurden. Alle Mitglieder wurden vor und nach der ARGE eingebunden und hatten Möglichkeiten Feedback einzubringen.

Antrag 1 „Direkte Demokratie in Salzburg“

Der Jugendlandtag fordert die Besprechung von Volksbegehren durch das Parlament, ab einer Unterstützer*innen-Anzahl, die dem Stimmgewicht eines Gemeindemandats entspricht. Insbesondere soll auch dann mit Initiator*innen verhandelt und alternative Wege (z.B. Volksabstimmung) diskutiert werden, wenn nicht ausreichend Stimmen für das betreffende Anliegen zustande gekommen sind. Darüber hinaus soll eine unabhängige Organisation die Informationen zum Volksbegehren aufbereiten und es muss darauf geachtet werden, dass auf staatliche und privatwirtschaftliche Unternehmen kein Einfluss genommen wird. Insgesamt ist es den Jugendlichen wichtig, dass eine Verbindlichkeit der direkten Demokratieinstrumente (Volksbegehren, Volksabstimmung) im Parlament umgesetzt wird und die Anliegen der Jugendlichen wirklich gehört werden.¹

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Dieser Antrag basiert auf dem Youth Goal Nr. 9 „Räume und Beteiligung für alle“, welches Demokratische Beteiligungsprozesse, Stärkung der Autonomie und die Schaffung eigener Jugendbereiche in allen Teilen der Gesellschaft fordert.²

Der Landesjugendbeirat befürwortet das Anliegen nach mehr direkter Demokratie und sieht in der wiederholten Forderung (z.B. Antrag 2 Jugendlandtag 2019) nach mehr Partizipation und Mitbestimmung dringenden Handlungsbedarf.³

Dass die Jugendlichen ihr Mitbestimmungsrecht einfordern, ist nachvollziehbar und lobenswert. Der Beirat schlägt deshalb eine jugendgerechte Aufarbeitung der politischen Informationen in Form von Social-Media-Beiträgen und/oder politischen Newslettern für junge Leute vor.

Aufgrund des pandemiebedingten Schulschließungen und dem daraus resultierenden, mangelnden Informationsfluss, braucht es nun eine Initialzündung in Form von z.B. externen Workshops an Schulen. Diese müssen unsere demokratischen Werte wieder in das Bewusstsein der jungen Menschen bringen. Dazu braucht es neben überparteilichem Engagement den politischen Willen, an welchen die Mitglieder des Landjugendbeirates zwingend appellieren.

¹ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S. 4

² vgl. Portfolio Bundesjugendvertretung „Youth Goals“

³ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2019; S. 4

Antrag 3 „Zugang zu Erasmus+ Programmen und Information für alle Schüler*innen schaffen“

Der Jugendlandtag fordert einen uneingeschränkten Zugang zur Teilnahme an Erasmus+ Programmen insbesondere durch ausreichende Unterstützungs- und Informationsmöglichkeiten. Besonders die Vernetzung mit der Bildungsdirektion, Lehrpersonen und Jugendlichen, die bereits an den Programmen teilgenommen haben, soll forciert werden.⁴

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Grundlage dieses Antrages ist das Youth Goal Nr.1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen.“ Konkret lautet es: *„Das Gefühl fördern, dass die Jugend Teil des europäischen Projekts ist, sowie Brücken zwischen der EU und jungen Menschen schlagen, um Vertrauen zurückzugewinnen und die Beteiligung zu erhöhen.“*⁵

Der Landesjugendbeirat unterstützt diesen Antrag und macht in diesem Kontext auf das Europäische Jahr der Jugend 2022 aufmerksam.⁶

Darüber hinaus plädieren wir für einen intensiveren Austausch mit akzente Salzburg. Erasmus+, die damit verbundene Servicestelle und Unterstützung bei Anträgen ist eine der Kernkompetenzen des Vereins.⁷

Der Landesjugendbeirat bringt als Idee eine Informationsveranstaltung für alle interessierten Schüler*innen ein. Im Sinne einer niederschweligen Netzwerkarbeit sollen, in Anlehnung an die kürzlich veranstaltete Tagung vom 26. April 2022 zu "Gemeinsam in und für Europa!" in St. Virgil, Interessierte am Erasmus+-Programm zusammengebracht werden. Vorstellbar wäre die Möglichkeit, Schüler*innen im Rahmen des Unterrichts für diesen Informationstag freizustellen. Der Beirat macht auf den niederschweligen Zugang zu Informationen aufmerksam, so wie ihn sich die Jugendlichen wünschen. Denn Erasmus+ ist für alle – Schüler*innen und Lehrlinge – da. Die Sicherstellung des Informationsflusses muss darüber hinaus auch in der außerschulischen Jugendarbeit gewährleistet werden. Auch hier lassen sich die Synergien bei der Zusammenarbeit mit akzente Salzburg nutzen.

Die Forderung nach einer Anrechnung von derlei Auslandssemestern in Österreich ist im Schulunterrichtsgesetz des Bundes geregelt. In §25, Abs. 9 heißt es:

*„Bei der Entscheidung über das Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe gilt ein nachgewiesener mindestens fünfmonatiger und längstens einjähriger fremdsprachiger Schulbesuch im Ausland als erfolgreicher Schulbesuch in Österreich“*⁸

Auf derlei Gesetzmäßigkeiten muss im Rahmen der Informationsleistung aufmerksam gemacht werden, damit die Jugendlichen über die Rahmenbedingungen Bescheid wissen und in ihrer Entscheidungsfindung unterstützt werden können.

⁴ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S. 6

⁵ Portfolio Bundesjugendvertretung „Youth Goals“

⁶ vgl. Europäische Union

⁷ vgl. akzente Salzburg, Fachbereich Erasmus+

⁸ Schulunterrichtsgesetz

Antrag 5 „Regionale Wirtschaft“

Der Jugendlandtag stellt die Forderung, dass alle Ressorts der Salzburger Landesregierung gemeinsam an Lösungen für die bevorstehende Klimakrise arbeiten. Dazu sollen gesetzliche Vorgaben im Sinne einer Förderung vom Verkauf regionaler Produkte vereinfacht werden. Die Jugendlichen wollen mehr Bewusstseinsbildung für den Kauf heimischer Produkte.⁹

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Die Klimakrise ist Jugendlichen ein großes Anliegen. Die Klimakrise wird vor allem das weitere Leben der zeitgenössischen Jugend und ihrer Nachkommen negativ beeinflussen. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Jugendreport 2021, wonach der Klimawandel an erster Stelle in der Rubrik Sorgen/Ängste steht.¹⁰

In der Ausarbeitung von Strategien und Maßnahmen für den Umgang mit der Klimakrise muss die Stimme der Jugend gehört werden und ihre Anliegen und vor allem ihr Drängen nach einer Lösung darf nicht verhallen! Der Wunsch nach Aufklärung, woher die Lebensmittel stammen, ist nachvollziehbar und muss auf politischer Ebene mittels gesetzlicher Vorgaben verankert werden. Der Landesjugendbeirat steht deshalb vollkommen hinter den Forderungen des Jugendlandtages und spricht ein großes Lob an die Verfasser*innen des Antrages aus. Dem Einsatz für unseren Planeten gebührt größte Anerkennung.

Die Mitglieder des Landesjugendbeirates haben in ihrer täglichen Arbeit mit Jugendlichen zahlreiche Projekte entwickelt und umgesetzt, um das Umweltbewusstsein und nachhaltige Handeln Einzelner hin zu einer klimaneutralen Lebensweise positiv zu beeinflussen.

Wir fordern, dass die Politik ihre Verantwortung stärker übernehmen und strukturelle Veränderungen einleiten muss. Die Einhaltung der Klimaziele 2050 muss konsequent in allen Bereichen forcieren werden.

⁹ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S. 8

¹⁰ vgl. Salzburger Jugendreport 2021, S. 40f

Antrag 7 „Regionale Anlaufstellen für Intervention und Beratung in den Bereichen Digitale Kommunikation und Social Media“

Der Jugendlandtag fordert, einen Aufbau von Beratungsstellen in jedem Bezirk, um die Chancen sowie die Herausforderung der Digitalisierung bewusst zu machen. Präventive Maßnahmen in Form von Workshops und Peer-Gruppen sowie regelmäßiger Austausch mit Politiker*innen sollen forciert werden.¹¹

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Das Youth Goal Nr.4 „Information und konstruktiver Dialog“ ist der Ausgangspunkt für diesen Beschluss. „Wir wollen, dass junge Menschen Informationen vertrauen können. Dazu müssen wir ihre Fähigkeit stärken, Informationen zu hinterfragen. Wir wollen, dass sie sich besser in der Medienlandschaft zurechtzufinden und sich an einem Dialog beteiligen können, der für alle Seiten förderlich ist.“¹²

Die Wiederkehr bzw. Ergänzung des Themas beim Jugendlandtag (siehe beispielsweise Antrag 5 des Jugendlandtages 2020) verdeutlicht den dringenden Handlungsbedarf. Die Brisanz des Themas hat durch die Verschiebung der sozialen Kontakte in das digitale Leben durch die Covid-19 Pandemie an Fahrt aufgenommen. Im Sinne einer guten Begleitung für die Jugendlichen im World Wide Web müssen die Workshops zur Medienbildung - so wie im Antrag 5 aus dem Jahr 2020 gefordert - zwingend wieder aufgenommen werden.¹³ Der diesjährige Antrag verdeutlicht, dass sich Jugendliche mit dem Thema alleine gelassen fühlen. Ein Grund dafür könnte die covid-bedingten Schulschließungen aus der Vergangenheit sein, denn unter regulären Umständen finden solche Workshops an den Schulen statt.

Der Landesjugendbeirat fordert neben der Wiederaufnahme derlei Workshops die intensivere Vernetzung von bereits vorhandenen Strukturen. In bestimmten Bezirken findet eine Zusammenarbeit zwischen Multiplikator*innen (z.B. Polizei, kija, Jugendzentren) bereits statt. Diese muss im Sinne einer zentralen Mobbing- und Gewaltpräventionsstelle im Land Salzburg aufgebaut werden, so wie es unter anderen die kija seit Jahren fordert. Ausreichende Ressourcen müssen wir eine digitale und analoge Form der Intervention und Beratung zur Verfügung gestellt werden, um die Herausforderungen der Digitalen Kommunikation gemeinsam mit den Jugendlichen zu bewältigen.

Ferne braucht es eine Mobbingstrategie an Schulen, die unabhängig vom Lehrpersonal fester Bestandteil im Schulalltag der Jugendlichen ist. Im Sinne der Transparenz soll eine bestmögliche Unterstützung gewährleistet werden.

Der Landesjugendbeirat appelliert darüber hinaus für die Übermittlung des Antrages an das Ressort von Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Schellhorn.

¹¹ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S. 10

¹² Portfolio Bundesjugendvertretung „Youth Goals“

¹³ vgl. Stellungnahme Landesjugendbeirat 2020; S. 6

Antrag 8 „Alltagskompetenzen“

Der Jugendlandtag fordert, dass im Rahmen von Schulprojekten, die von Jugendlichen selbst geplant und umgesetzt werden, Alltagskompetenzen vermittelt werden sollen. Dafür sollen ausreichend finanzielle Mittel sowie u.U. ein schulexterner Coach zur Verfügung gestellt werden.¹⁴

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Grundlage dieses Antrages ist das Youth Goal Nr.8 „Gutes Lernen“. Konkret lautet es: „Wir wollen, dass junge Menschen für den ständigen Wandel im 21. Jahrhundert fit gemacht werden. Dazu benötigen sie verschiedene Formen des Lernens. Diese sollen zusammengeführt und verbessert werden.“¹⁵

Der Landesjugendbeirat unterstützt diesen Antrag.

Dieser macht auf erhebliche Defizite im Schulbildungssystem aufmerksam. Aus Sicht des Beirates sollten die Vermittlung von Alltagskompetenzen eine Selbstverständlichkeit im Unterricht darstellen, und weder von Schule noch von Lehrpersonen abhängig sein. Begrüßenswert ist die Tatsache, dass sich die Jugendlichen mehr Partizipation und Gestaltungsraum während der Schulzeit wünschen. Eine Reformierung des Unterrichtsinhaltes ist angebracht und sollte von Seiten des Landes an den Bund herangetragen werden.

Der Landesjugendbeirat begrüßt außerdem den Vorschlag, schulexterne Trainer*innen je Projekt zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus sollen die Jugendlichen in den Entscheidungsprozess miteingebunden werden, welche*r Trainer*in zu welchem Projekt eingeladen wird.

Im Sinne der Partizipation sollten außerdem im Rahmen der Unterrichtszeit fächerübergreifende Projektstage ab der Volksschule stattfinden. Für diese Projektstage, welche ca. zwei Mal im Semester stattfinden sollten, muss ein entsprechendes Budget inkl. externem Coach zur Verfügung gestellt werden. Projekte könnten z.B. die Planung, Organisation und Durchführung des Matura-Balles oder ein Workshop zu alltagspraktischen Versicherungen sein.

¹⁴ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S.12

¹⁵ Portfolio Bundesjugendvertretung „Youth Goals“

Antrag 8 „Digitalisierung an Schulen“

Der Jugendlandtag fordert, dass die Schulen mit entsprechenden Endgeräten und digitalen Lehrmitteln finanziell gefördert werden. Darüber hinaus sollen die WLAN-Verbindungen ausgebaut und verbessert werden.¹⁶

Stellungnahme des Landesjugendbeirates

Auch dieser Antrag basiert auf dem achten Youth Goal „Gutes Lernen“ und wird vom Landesjugendbeirat unterstützt.

Als Best-Practice Beispiel im Hinblick auf erfolgreiche Implementierung digitaler Medien in den Schulalltag dient Schweden. Aktuelle Studien skizzieren ein beeindruckendes Bild der aktuellen schwedischen Unterrichtspraxis, die sich durch ein ausgeprägtes digital gestütztes Arbeiten unter Einsatz vielfältiger Software-Programme auszeichnet.¹⁷

Der Landesjugendbeirat befürwortet den schwedischen Weg, wenngleich im Sinne der Gesundheitskompetenz auf einen ausgeglichenen Gebrauch von analogen und digitalen Medien/Materialien zu achten ist. Wir appellieren an eine gesunde, zeitgerechte Gestaltung des Unterrichts, in welcher sich Bildschirmpausen und digitaler Workflow die Waage halten. Die vermehrte Verwendung von digitalen Materialien und Arbeitsaufträgen hätte im Sinne der Nachhaltigkeit auch positive Effekte gegen die Papierverschwendung. Die App digi4school wird an einigen Salzburger Schulen bereits verwendet und macht deutlich, dass die Digitalisierung ernst genommen wird.¹⁸ Diesen niederschweligen Zugang zu online Büchern o.ä. heißen wir für gut.

Der Beirat fordert deshalb den entsprechenden Ausbau der digitalen Infrastruktur an allen Schulen sowie eine professionelle Begleitung im Umgang mit digitalen Neuerungen – unabhängig von Schulstufe und Lehrpersonen.

Darüber hinaus muss in Anbetracht von unterschiedlichen, sozioökonomischen Voraussetzungen auf eine gerechte, finanzielle Förderung bei den Anschaffungskosten von Soft- & Hardware geachtet werden. Je nach Einkommen der Eltern müssen Kindern und Jugendlichen aus sozial prekären Verhältnissen die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden, am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Grundsätzlich schlagen wir vor, eine Ansprechperson an der jeweiligen Schule bereitzustellen, die als Experte*in für sämtliche Fragen rund um die Installation und die Nutzung der Soft- und Hardware zur Verfügung steht. Die Kinder und Jugendlichen dürfen mit der Digitalisierung nicht alleine gelassen werden!

Die Wiederkehr eines Antrages zur Digitalisierung (vgl. Antrag 5 des Jugendlandtages 2020: Workshops an Schulen durch externe Expert*innen zum richtigen Umgang mit digitalen Medien) verdeutlicht den Bedarf an einer weiteren Forcierung von digitaler Medienbildung.

¹⁶ vgl. akzente Salzburg, Beschlüsse Jugendlandtag 2021; S.13

¹⁷ vgl. Blumberg / Sicking 2020

¹⁸ vgl. digi4school

Quellenverzeichnis

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Beschlüsse Salzburger Jugendlandtag 2019; Salzburg, 2019.

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute (Hrsg.); Beschlüsse Salzburger Jugendlandtag 2021; Salzburg, 2022.

Blumberg, Eva/ Sicking, Annika (2020). Einsatz digitaler Medien im Sachunterricht: Vorreiter Schweden!?. In: Meister, Dorothee, Mindt Ilka (Hrsg.) Mobile Medien im Schulkontext. Medienbildung und Gesellschaft, Vol. 41. Springer VS, Wiesbaden. S 241-264

Landesjugendbeirat Salzburg 2020, Stellungnahme zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2020, <https://landesjugendbeirat-salzburg.at/2021/09/24/stellungnahme-zu-den-beschluessen-des-jugendlandtages-2020/>; (zuletzt aufgerufen am 20.05.2022)

Portfolio der Bundesjugendvertretung „Youth Goals“ <https://bjv.at/portfolio-items/youth-goals/>; (zuletzt aufgerufen am 24.05.2022)

Salzburger Jugendreport 2021, Auswertung & Ergebnisse <https://www.salzburg.gv.at/gesellschaft/Documents/Salzburger%20Jugendreport%202021%20Gesamtversion.pdf>; (zuletzt aufgerufen am 18.05.2022).

Schulunterrichtsgesetz Rechtsvorschrift, Fassung vom 18.05.2022, <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10009600>; (zuletzt aufgerufen am 18.05.2022)

Internetseiten:

akzente Salzburg – Initiativen für junge Leute, Fachbereich Erasmus+ <https://www.akzente.net/fachbereiche/erasmus-jugend-europaeisches-solidaritaetskorp-esk/>; (zuletzt aufgerufen am 24.05.2022)

Digi4school <https://digi4school.at>; (zuletzt aufgerufen am 24.05.2022)

Europäische Union zum EU Jahr der Jugend 2022 https://europa.eu/youth/year-of-youth_de; (zuletzt aufgerufen am 24.05.2022)